durch Nazis wurde mit brutalsten, weitgehendsten Verbotsmaßnahmen gegen die KPD in Hamburg beantwortet.

Hat dieser Terror die Massenbewegung zerschlagen? Nichts dergleichen ist festzustellen!

Freilich versucht die Bourgeoisie, der Brüning-Regierung bzw. ihrer sächsischen Schieck-Filiale eine Stütze für ihre Durchführung der faschistischen Diktatur in den Massen zu verschaffen, vornehmlich mittels von zwei Parteien und ihren Führern: Der Nazipartei und der SPD.

Die NSDAP hat in letzter Zeit im Interesse ihrer großkapitalistischen Geldgeber ihre soziale Demagogie eingeschränkt und tritt immer offener als Todfeind der Arbeiter auf. Sie baut eifrig, in direktem Einvernehmen mit den Unternehmern, in den Betrieben faschistische Zellen, deren Aufgabe die Bespitzelung, die Denunziation, der Streikbruch und die Terrorisierung der Arbeitskollegen ist. Sie lenkt immer stärker ihre SA-Horden zur Einschüchterung der werktätigen Bevölkerung ein und organisiert planmäßig Morde an Arbeitern und revolutionären Arbeiterführern. Nazi-Banditen haben unserem Genossen Ernst Henning gemeuchelt, und Hitler hat den Mord offen genug gedeckt.

Die SPD geht, ebenso wie die Nazis, mit der Bourgeoisie, mit Schieck und Brüning durch dick und dünn. Sie reiht Glied an Glied zur Kette der ungeheuerlichsten, schamlosesten Verbrechen an der Arbeiterklasse. Sie hat die Zölle bewilligt, die Millionärsteuer abgelehnt. Sie ist die Vollstreckerin der Kulturreaktion; SPD-Polizeipräsidenten sind es, in einer Linie, die Nazi-Aufmärsche schützen, die Arbeiterdemonstrationen untersagen, den wildesten Terror gegen Arbeiter entfalten, wie in Hamburg die Betätigung der Partei Ernst Hennings verbieten. Die Krönung ist das neue Panzerkreuzerverbrechen der SPD. Am schändlichsten ist die Politik der „linken" Sozialfaschisten, deren Fleißner in Leipzig auf Arbeiter schießen läßt, die den Textilstreik niederknüppeln helfen, die die Schieck-Diktatur, ihre Verbote, ihren Einzug von Polizei, voll und ganz unterstützen, die in vielfältiger Form die Arbeiter verführen wollen, die Bewilligung des Panzerkreuzers B hinzunehmen.

Glaubt jemand aber, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und daß die vertrauten werktätigen Anhänger der NSDAP sich auf die Dauer als Massenhalle für das Kapital und die Brüning- und Schieck-Diktatur, für ihre Klassenfeinde benutzen lassen? Die letzten 4 Wochen haben die Frage noch deutlicher als bisher beantwortet: Die Wahlen in Braunschweig, in Arenberg (Ostpreußen), in Hettstedt haben uns bereits ein Fortschreiten des Niederganges proletarischer und eine Stagnation des Nationalsozialismus offenbart. Die wachsende Reife in der SPD, die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter, die Anwesenheit vieler sozialdemokratischer Delegierter auf den Kampfkongressen gegen den Faschismus, die Erfolge und Siege der roten Einheitslisten bei den Betriebsratswahlen, dann der Uebertritt, z. B. der Ortsgruppe Madlitz der NSDAP zur KPD, das prachtvolle Bekenntnis des Reichswehrleutnants a. D. Scheringer, zum revolutionären Klassenkampf — all das beweist, daß die Klärung unter den radikalisierten Massen fortschreitet, daß ihr Wille zur roten Einheitsfront unter Führung der KPD wächst und daß sie sich immer mehr der einzigen antikapitalistischen und antifaschistischen Partei, der KPD, zuwenden.

Die KPD marschiert. Sie ist sich bewußt, welche Bedeutung sie als der für die Entwicklung entscheidende subjektive Faktor hat. Sie hält unentwegt an ihrer Aufgabe fest, die Massen aufzurütteln und sie den Weg der sozialen und nationalen Befreiung zu führen.

„Das Organ der KPD und der Volksmassen in Ostsachsen, die „Arbeiterstimme", erscheint wieder! Sie bezieht sofort ihren Kampfposten. Die „Arbeiterstimme" wird im wahrsten Sinne des Wortes die Stimme der Arbeiter und aller Werktätigen sein.

Zur über eine halbe Million Arbeiter und Angestellte in Sachsen laufen in den nächsten Wochen die Tarife ab und alle Arbeitergruppen werden vom neuen Lohnraub bedroht — die „Arbeiterstimme" ruft zur Streikrüstung gegen den Lohnraub auf, zur Entfaltung der Erwerbslosenbewegung und zum gemeinsamen Vorgehen der Betriebsarbeiter, Angestellten und Erwerbslosen.

Die Brüning- und Schieck-Regierung führt die faschistische Diktatur in beschleunigtem Tempo durch — die „Arbeiterstimme" macht sich die Vorbereitung, der Massenmobilisierung zur Aufgabe.

Die Panzerkreuzersozialisten und die Mordnazis setzen ihr niederträchtiges Schandwerk fort — die „Arbeiterstimme" fordert zur politischen Abrechnung mit der SPD und NSDAP auf und schmiedet mit die rote Einheitsfront aller Arbeiter, aller Werktätigen, unter Führung der KPD.

Die „Arbeiterstimme" wurde auf 4 Wochen verboten — 1000 neue Leser bis zum 1. Mai muß die Antwort sein.

Wieder auf Kampfposten, ruft die „Arbeiterstimme" der gesamten werktätigen Bevölkerung zu: Heraus zur Volksaktion gegen Hunger, Faschismus, Brüning- und Schieck-Diktatur, zum Kampf für Brot, Freiheit, für ein sozialistisches Rätedeutschland!

Erfurter Parteihaus besetzt!

Mit Beilen werden immune Räume erbrochen — Verhaftung des Personals der Partei-BL und der Zeitung!

Erfurt, 21. März. (Eig. Drahtmeldung.)

In den gestrigen Vormittagsstunden verübte die Erfurter Polizei wiederum einen Ueberfall auf das Parteihaus in Erfurt. Diesmal war die Polizei sogar mit Beilen bewaffnet, um eventuell Türen und Schränke aufzubrechen. Sämtliche Räume der Druckerei, der Bezirksleitung und der Redaktion wurden besetzt. Kein Arbeiter oder Angestellter durfte die Räume verlassen. Es wurde alles durchsucht. Im Zimmer des Landtagsabgeordneten Tuddins, der im Augenblick nicht anwesend war, wurde der Schreibtisch erbrochen. Ungeöffnete Post wurde beschlagnahmt. Den Schein der provokatorischen Polizeiaktion bildete die Verhaftung des gesamten Personals des „Thüringer Volksblattes" und der Bezirksleitung Thüringen. In 4 Polizeiautos wurden die Genossinnen und Genossen nach dem Polizeipräsidium gebracht. Nachdem die Verhafteten einzeln photographiert und ihre Personalien festgestellt waren, erfolgte ihre Freilassung.

Dieser unerhörte Vorgang kennzeichnet den Polizeiterror gegen die KPD und ihre Einrichtungen nicht nur in Thüringen, denn Erfurt untersteht nicht etwa dem Hakenkreuz-Frick, sondern dem sozialfaschistischen Polizeiminister Preußens. Die Aktion selbst erfolgte auf Betreiben des Oberreichsanwalts, der wieder einmal „kommunistische Waffenlager" aufstöbern wollte. Auf diese Weise wären die Nazinazis in die Lage gebracht worden, sich wieder einmal zu „entlasten".

KPD fordert Auflösung des Landtags

Anträge gegen Schieck und Kühn — Betriebe und Stempelstellen an die Front!

In der letzten Sitzung brachte Genosse Renner im Auftrage der KPD-Landtagsfraktion einen Geschäftsordnungsantrag ein.

In dem Antrag heißt es: „Wir beantragen: Der Landtag erklärt, daß die Regierung sein Vertrauen nicht besitzt. Da die Regierung, **ohne dem Landtag verantwortlich zu sein, die Geschäfte führt,** auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung als ersten Punkt zu setzen:

Neuwahl des Ministerpräsidenten,

als zweiten Punkt: **Die Beratung über den Antrag auf Abberufung des Gesandten Gradnauer.**

Nachdem, wie bekannt, die SPD den Landbündler Schlaebach zum Widerspruch veranlaßte, damit Weckel seine Parteifreunde vor der Entscheidung bewahren konnte, stieß die kommunistische Fraktion weiter vor. Sie reichte einen Antrag auf Auflösung des Landtags ein. Der Antrag lautet:

„Die sächsische **Regierung** hat den von der Thüringer Regierung erhobenen Einspruch gegen die Einführung des **zollfreien Getränkeleihes unterstützt** und angestimmt. Sie tritt für **verschärfte Terrormaßnahmen** gegen die Arbeiter ein, sie führte die **Notverordnung,** die Einführung der **Getränke-, Bier- und Bürgersteuer** durch. Sie ist die Regierung der **Zeitungs- und Demonstrationsverbote gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.** Sie führte das **Arbeitsbeschaffungsprogramm** und die **Winterhilfe** nicht durch, sie **schlug streikende Arbeiter blutig nieder.**

Die Regierung ist **keineswegs auf Grund der verfassungsmäßigen Bestimmungen** gewählt. Der Landtag, der in seiner Mehrheit die Regierung stützt, ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen billigt, entspricht **keineswegs dem Willen der Massen des arbeitenden Volkes** in Sachsen. Insbesondere zeigt das Wahlergebnis in Braunschweig, daß die Massen eine vollständig andere Haltung einnehmen wie zur Zeit der Wahlen in Sachsen. **Das Mehrheitsverhältnis im Landtag entspricht nicht dieser Stellung der Massen.** Der Landtag muß sich deswegen der neuen Entscheidung der arbeitenden Massen stellen.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen: **Der Landtag löst sich auf.**

•

Die Werktätigen Sachsens begrüßen diesen Antrag der kommunistischen Fraktion, der ein Kampfruf zur Volksaktion gegen den Faschismus ist. Er wird die Unterstützung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, all der kleinen gewerblichen und bäuerlichen Existenzen finden, die unter dem Druck des Diktaturregimes in Sachsen leiden. Nun gilt es, dem Kampfruf den Massenaufmarsch der Betriebe, Stempelstellen und Büros, der Mittelständler in Stadt und Land folgen zu lassen.

Fort mit Kühn!

Ein weiterer Antrag lautet: „In Dresden verbreiteten Gerüchten zufolge **ist der Polizeipräsident Kühn der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei" beigetreten.** Das Vorgehen des Polizeipräsidenten Kühn, das Verbot der Arbeiterstimme, das Demonstrationsverbot bis zum 3. März 1931, das Verbot der kommunistischen Demonstration am 15. März 1931, die zu diesem Verbot angeführte Begründung, daß die Anhänger der KPD die öffentliche Sicherheit gefährden, während praktisch alle zu verzeichnenden Ueberfälle von Faschisten ausgeführt wurden, sind eine **Bestätigung der Gerüchte.** Die Maßnahmen des Polizeipräsidenten stellen eine ganz offensichtliche einseitige **Stellungnahme für die Faschisten** dar und sind eine Bestätigung der Gerüchte. Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, **die Regierung zu beauftragen, den Polizeipräsidenten Kühn von seinem Posten zu entheben.**"

Leutnant Scheringers Bekenntnis

In der vorgestrigen Reichswehrdebatte gab es eine ungeheure Sensation, als der kommunistische Abgeordnete Kippenberger eine Erklärung des Ulmer Reichswehrleutnants a. D. Scheringer, der jetzt auf Festung Gollnow sitzt, verlas. Die „Vossische Zeitung" und andere Blätter drucken die Erklärung ab, in der es heißt:

Das Kampfziel der revolutionären deutschen Jugend ist die Befreiung des deutschen Volkes. Befreiung heißt:

Beseitigung des kapitalistischen Systems! Zerreißung der Friedensdiktate von Versailles bis Young!

In der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur auf gewaltsamem Wege erreicht werden kann, wurde ich Soldat. Ebenso wie meine Kameraden, vertrat ich als Frontoffizier die Auffassung, daß das 100 000-Mann-Heer Kerntruppe einer zukünftigen Volks- und Freiheitsarmee werden müsse. Dieser Gedanke stand im schroffen Gegensatz zum Standpunkt der Heeresleitung, da ja die Generale als Werkzeuge der derzeitigen Machthaber in der Reichswehr letztlich ein Instrument der Young-politik, eine Schutztruppe des Kapitalismus sehen. Als wir Ulmer Offiziere daher die Idee der nationalen und sozialen Befreiung mit allen Mitteln im Heere förderten, erließ man auf Denunziation hin Haftbefehl. Nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wurden wir in Leipzig vom Reichsgericht zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt.

Da sowohl die Offizierszeugen wie auch wir Angeklagten uns für die Idee der nationalen und sozialen Befreiung erklärten, war der Prozeß eine glänzende Propaganda für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Wir, und mit uns die breiten Massen des Volkes, glaubten, unsere Idee in der NSDAP verkörpert.

Wer heute die praktische Politik der nationalsozialistischen Führer mit ihren radikalen Phrasen vergleicht, erkennt, daß ihre Handlungen im schärfsten Gegensatz zu dem stehen, was sie reden und schreiben und was wir von ihnen erwarteten.

Die praktische Politik dieser Führer

wird durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

1. Sie haben sich im Laufe der letzten Monate eindeutig vom Sozialismus losgesagt.
2. Sie haben das Privateigentum heilig gesprochen.
3. Sie haben bei imperialistischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats vertreten.
4. Sie haben keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat organisiert.
5. Sie haben gegen die Zerreißung des Youngplanes gestimmt.
6. Sie haben die Verschuldung Deutschlands an das internationale Kapital anerkannt.
7. Sie haben den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verhindert.
8. Sie haben sich mit den Bürgerlichen ins Einvernehmen gesetzt.
9. **Sie haben innerhalb der eigenen Reihen einen Byzantinismus hochgezüchtet, der zum Himmel stinkt.**

Die Parteiführung hat dadurch ihren reaktionären Charakter eindeutig erwiesen. Der Verrat ist offenbar.

Die kapitalistischen Weltmächte schicken sich zur weiteren Niederhaltung und Ausbeutung des schaffenden Deutschland und zur Aktion gegen die russische Räterepublik erneut zusammen.

Die Hitler und Rosenberg aber, die angeblich das Reich befreien wollen, kriechen im Verein mit der deutschen Bourgeoisie mit Brüning und Groener, den kapitalistischen Raubstaaten entgegen. Dieser Weg der Stresemann und Breitscheid ist unmöglich für alle, die es mit der Befreiung ehrlich meinen.

Nur im Bunde mit der Sowjetunion, nach Zerschlagen des kapitalistischen Systems in Deutschland, können wir frei werden.

Es gilt, die Konsequenzen zu ziehen. Den Weg hat Lenin gezeigt, als er kurz vor der bolschewistischen Oktoberrevolution die Aufgabe des revolutionären Krieges zur Verteidigung des proletarischen Vaterlandes gegen die imperialistischen Raubstaaten und Interventionstruppen proklamierte.

„Wir werden zu „Vaterlandsverteidigern" werden, wir werden uns an die Spitze der Kriegsparteien stellen. Wir werden zu der „kriegerischen" Partei werden, wir werden den Krieg wahrhaft revolutionär führen. Wir werden den Kapitalisten das ganze Brot und alle Stiefel wegnehmen. Wir werden ihnen Brotkrumen zurücklassen. Wir werden sie in Bastschuhe kleiden. Wir werden das ganze Brot und das ganze Schuhzeug an die Front schicken." (Brief an das Zentralkomitee der Bolschewiki, September 1917.)

In diesen Worten ihres großen Führers sieht die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die kommunistische Reichstagsfraktion gab **bei den revolutionären Arbeitern, Bauern und Soldaten.** Hier

„Gegenüber dem heuchlerischen und kleinbürgerlichen Pazifismus erklärt die kommunistische Reichstagsfraktion: Die Kommunisten sind für die Wehrhaftmachung des gesamten werktätigen Volkes, für eine schlagfertige und kampfbereite deutsche Rote Armee!"

Es gibt keinen Zweifel mehr: **Die Freiheit steht allein bei den revolutionären Arbeitern, Bauern und Soldaten. Hier ist der Platz aller ehrlichen Kämpfer, nicht bei den Garden der Reaktion.**

Ich sage mich daher endgültig von Hitler und dem Faschismus los und reihe mich als Soldat ein in die Front des wehrhaften Proletariats.

Für die Revolutionierung und Bewaffnung der breiten Massen!

Für die nationale und soziale Befreiung!

Für Freiheit, Arbeit und Brot!

Gollnow, den 18. März 1931.

gez. Scheringer, Reichswehrleutnant a. D.

Belagerungszustand in Düsseldorf

2 Arbeiter getötet!

Düsseldorf, 21. März.

Am Mittwoch kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet. Nunmehr hat der Polizeipräsident in Düsseldorf sämtliche Demonstrationen und Versammlungen verboten und den Belagerungszustand verhängt.

Geleitzug für Ernst Henning verboten!

Hamburg, 21. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Erregung der Hamburger Bevölkerung ist noch gestiegen durch die Provokationen des Koalitionssenats, der den Leichenzug des ermordeten Genossen Henning durch die Arbeiterviertel von Hamburg und die Ueberführung der Urne des Ermordeten am Dienstag nach Bergedorf verboten hat. In zahlreichen Betrieben und Stempelstellen wurden sofort Protestresolutionen angenommen. Zahlreiche Betriebsräte beschlossen, heute ab 11 Uhr die Arbeit niederzulegen und geschlossen an der Beerdigung teilzunehmen. Die Betriebsversammlung des Bergedorfer Eisenwerkes, in dem Genosse Henning beschäftigt war, wurde vom Koalitionssenat verboten.